

Deutliche Fortschritte bei der Menschenrechtsdiskussion

Ergebnisse einer Erkundungsreise

von Georg Amshoff

Menschenrechte und Jammu & Kashmir - das sind wichtige Problemfelder in Indien, die international immer wieder Aufmerksamkeit erregen. Insbesondere der ungelöste Konflikt um Jammu & Kashmir spielt in der internationalen Politik eine wichtige Rolle. Vom 17. Dezember 1996 bis 7. Januar 1997 hielt sich die Bundestagsabgeordnete Dr. Angelika Köster-Loßack zu politischen Gesprächen in New Delhi und Kerala auf. Neben den genannten Problemfeldern waren Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und Möglichkeiten bi- und multilateraler Kooperation wichtige Themen der Gespräche. Angelika Köster-Loßack ist Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Soziologin und Ethnologin. Begleitet wurde sie von Georg Amshoff, Referent für Entwicklungszusammenarbeit der Grünen Bundestagsfraktion.

Noch liegt der kühle Morgennebel über den Straßen von New Delhi. Am India Gate biegt unsere weiße Limousine, ein Ambassador, in den breiten Raj Path ein und braust die einstige Prachtallee der britischen Kolonialherren herunter. Im Dunst tauchen die Umrissse der Regierungsgebäude auf - Silhouetten von riesigen Kuppeln, breiten Fassaden, weiten Arkadengängen. An der breiten Rampe zu den Regierungspalästen wird der Wagen langsamer, klettert die letzten Meter der Prachtstraße herauf, und hält schließlich vor einem der mächtigen Eingangsportale. Ein auf Hochglanz poliertes Messingschild verkündet: South Block, Gate 4, Ministry of Home Affairs. Wir sind am Ziel unserer Fahrt - und am Beginn einer Dienstreise, die uns noch oft zu den Ministerien im Regierungsviertel bringen wird.

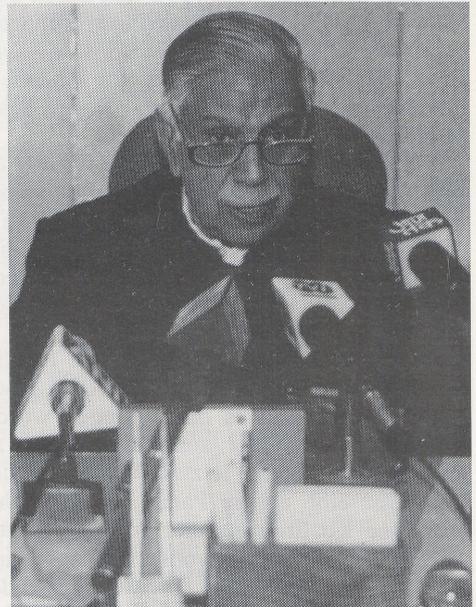
Drinen erwartet uns bereits unser erster Gesprächspartner für diesen morgen: der Leiter der Menschenrechtsabteilung des Innenministeriums. Erst seit wenigen Monaten ist er auf diesem Posten. Gleich nach der Begrüßung beginnt er mit einem weit ausholenden Vortrag über den außerordentlichen Stellenwert, den die Menschenrechte in der indischen Verfassung haben und überhaupt schon immer genossen hätten, und daß Indien mehr als 5.000 Jahre Zivilisation habe und man deshalb selber sehr gut wüßte, was im Bereich Menschenrechte zu tun sei und das ganze Problem im Westen sowieso viel zu sehr aufgebauscht würde. Den vorsichtigen Einwand, daß auch indische Quellen Menschenrechtsprobleme in Indien nennen, läßt er nicht gelten - er bleibt bei seiner Position, daß die Berichte die wirkliche Lage sehr verzerrt darstellen würden. Gelegentlich möge es vielleicht vorkommen, daß sich einzelne Soldaten oder Polizisten falsch verhielten, aber das seien ja

alles nur sehr seltene Ausnahmen. Probleme mit den Menschenrechten gebe es in Indien im allgemeinen jedenfalls nicht. "Natürlich gibt es viele gewalttätige Exzesse der Polizei." Niemand geringeres als Justice Venkatachalia, der neue Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission, bestätigt wie selbstverständlich, was im Ministerium noch bestritten worden war.

Erst vor zwölf Tagen habe er diesen Posten angetreten, erzählt Herr Venkatachalia. Ein distinguiertes älterer Herr, mit einem gepflegten, doch leicht ergrauten Schnurrbart und schwarzem Nehru Suit. Bis zu seiner Pensionierung vor zwei Jahren war er Chief Justice von Indien. Ein sehr gebildeter, eloquenter Gentleman - so ganz anders als Politiker. Das wichtigste Menschenrechtsproblem in Indien, sagt er, sei die weitverbreitete Kinderarbeit. Wir stützen. Sicherlich ist Kinderarbeit ein großes Problem, und daß das Thema nicht weitgehend ignoriert wird, wie noch bis vor wenigen Jahren, ist ein wichtiger Fortschritt. Aber was ist mit den Berichten über schwere Menschenrechtsverletzungen, und was will die Kommission dagegen unternehmen? Dafür seien die Gerichte zuständig, meint er - die Kommission wache lediglich darüber, daß die Verfahren gewissen Mindeststandards genügen und wirklich zügig und fair abgewickelt werden. Tatsächlich habe es in letzter Zeit eine Reihe von wichtigen Urteilen gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen gegeben, erläutert er. Langsam wird uns klar: die Kommission ist kein Super-Gericht, das die Schwachstellen unterer Instanzen auszugleichen versucht. Vielmehr will sie die Einhaltung der bestehenden Schutzrechte garantieren und gleichzeitig Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung machen. Dabei legt sie ein sehr breites

Menschenrechtsverständnis zu Grunde, das auch das Recht auf Gesundheit, Bildung usw. einschließt. Durch ihre Arbeit (und ihren Status) will sie so den Menschenrechten mehr Gewicht verleihen. Ein pensionierter Oberster Richter ist schließlich auch niemand, dessen Weisungen von einem Bezirksgericht ignoriert werden können.

In der Bevölkerung genießt die Kommission anscheinend auch relativ großes Vertrauen. Davon zeugt nicht zuletzt die hohe Zahl von 20.000 Eingaben seit der Gründung 1993. "Wir wollen den einfachen Leuten das Gefühl geben, in einem Land zu leben, in dem das Recht respektiert wird", erläutert der Vorsitzende - und sei es nur in jenem Fall eines Jugendlichen aus Tripura, dessen nagelneues Fahrrad von einigen Soldaten unter dem Vorwand konfisziert wurde,



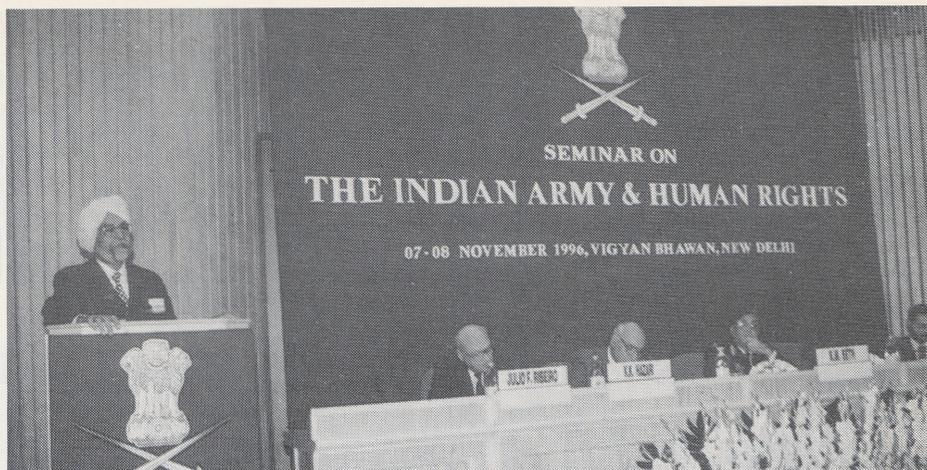
Der neue Vorsitzende der Menschenrechtskommission, der Richter M.N. Venkatachaliah

er wolle damit Schmuggel betreiben. Der Junge bekam sein Fahrrad zurück.

Auch die Kritiker der Menschenrechtskommission räumen ein, daß diese inzwischen einiges erreichen konnte. "Auch wenn die Kommission nicht das Beste ist, was wir uns vorstellen können, war sie insgesamt ziemlich erfolgreich," sagen weitgehend übereinstimmend Menschenrechtler und verschiedene Organisationen. Bei der Einrichtung der Kommission im Oktober 1993 standen sie ihr noch sehr kritisch gegenüber. Vor allem deshalb, weil das Mandat der Kommission so wichtige Bereiche wie Menschenrechtsverletzungen durch das Militär oder die Situation in Unruhegebieten von vornherein ausgeklammert wurden. Das zu enge Mandat sei nach wie vor ein Problem, heißt es heute - auch wenn die Kommission selber einige Fälle außerhalb ihres Mandates aufgreife. Wichtige Menschenrechtsprobleme würden in Indien aber immer noch viel zu wenig beachtet: die verzweifelte Lage der nepalischen Flüchtlinge aus Bhutan zum Beispiel, oder die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in den nordöstlichen Bundesstaaten Indiens, wo die Lage ebenso schlimm wie in Jammu & Kashmir sei. Und natürlich Kashmir selbst.

Der Leiter der Kashmir-Abteilung im Innenministerium ist ein sehr erfahrener Mann. Seine Positionen vertritt er mit Nachdruck und Überzeugung und ist gleichzeitig offen für gelegentliche kritische Untertöne. Viele positive Zeichen für die Entwicklung im Kashmiral sieht er in jüngster Zeit: einen "großen Grad an Zufriedenheit" gebe es im Ministerium über den Ablauf der Landtagswahlen in Jammu & Kashmir. Die von indischen Menschenrechtlern geäußerte Kritik an Wahlmanipulationen und insbesondere Druck zur Wahlteilnahme weist er entschieden zurück: "Niemand kann zwei Millionen Wähler an die Urnen zwingen." Außerdem seien nur wenige ungültige Stimmen abgegeben worden - und "unfreiwillige" Wähler hätten sicher den Stimmzettel ungültig gemacht. Die Zentralregierung in Delhi habe dem neugewählten Parlament in Srinagar angeboten, Vorschläge zu einer weitgehenden Autonomie zu entwickeln, über die dann verhandelt werden könne. Außerdem sei bereits ein großes Investitionsprogramm der Zentralregierung angelaufen: eine Eisenbahnlinie in die Grenzregion, eine wintertaugliche Straßenverbindung von Jammu nach Srinagar, usw. - alles Projekte, die durchaus auch eine militärische Komponente haben.

Das Kashmir-Problem, meint er, bestehe eigentlich aus zwei Teilen: der Beziehung zwischen New Delhi und Kashmir, und der Beziehung zwischen Indien und Pakistan. Bei letzterem aller-



Zumindest wird innerhalb der Armee mittlerweile über Menschenrechte debattiert, wie hier anlässlich eines Seminars im November 1996

dings bestehe von indischer Seite keinerlei Bedarf für eine Einmischung von außen oder Vermittlung durch andere Staaten. Die Situation im Tal selbst sieht er recht positiv: die neue Regierung habe ihre Arbeit aufgenommen, brauche aber sicher noch etwas Zeit.

Genau die könnte allerdings knapp werden: die Erwartungen auf allen Seiten sind hoch, sehr hoch. Nach sieben Jahren Ausnahmezustand wollen die Kashmiris vor allen Dingen eines: wieder ein ganz normales Leben führen können. Noch gibt es aber massive Sicherheitsprobleme; die Militanten üben weiterhin Terror aus. Bereits zwei mal konnte der neugewählte Chiefminister nur knapp Anschlägen auf sein Leben entkommen. Verängstigt zog er sich in einen Sicherheitskordon zurück, richtete einen Sicherheitsrat ein - in dem die Führungsspitzen der Sicherheitskräfte den Ton angeben. "Damit hat Delhi praktisch wieder die Macht im Tal übernommen", meinen indische Bürgerrechtler. Die Armee geht seitdem wieder zunehmend härter in ihrem Kampf gegen die "Aufständischen" vor. Die Menschenrechtssituation ist weiterhin desolat: nach Angaben des 'South Asia Human Rights Documentation Centre' befinden sich nach wie vor 15.000 Menschen im Gewahrsam der Sicherheitskräfte, mehr als 22.000 sind seit Jahren "verschunden". Weder der neuen Landesregierung noch der Zentralregierung werden allgemein mehr als einige Detailverbesserungen zugetraut, politische Lösungen zeichnen sich nicht mal in Umrissen ab.

Doch unsere Gespräche mit Politikern, Bürgerrechtlern und indischen Menschenrechtsaktivisten haben auch gezeigt: es gibt gute Vorschläge, welche Schritte bei der Entschärfung des Konfliktes helfen können. Indien und Pakistan können ihre Spannungen abbauen und vertrauensbildende Maßnahmen fördern. Und für Delhi wäre die Stärkung

des föderalen System Indiens eine Chance zur Beilegung der Konflikte zwischen Zentrum und sich benachteiligt fühlenden Regionen. Eine effektive Dezentralisierung kann solche Spannungen entschärfen, bevor es zu militanten Forderungen nach Selbstbestimmung kommt. Dazu gibt es verschiedene gut durchdachte Ansätze und Projekte von indischen Gruppen. Was in ihren Augen jetzt nötig ist, ist das entschlossene und mutige Handeln der Politik (zu Kashmir siehe auch den Beitrag von Gerhard Emmer in dieser Ausgabe).

Welche Rolle dabei die internationale Politik spielen kann, die indische Seite zu unterstützen und zu ermutigen, ist die entscheidende Frage, die nach unserer Rückkehr im Mittelpunkt der politischen Diskussionen stehen wird. Angelika Köster-Loßack ist mehr denn je überzeugt: "Zivile Konfliktlösung hat gerade im Lande Gandhis große Chancen." Viele Regionalkonflikte in Südasien seien in den letzten 30, 40 Jahren nach dem immer gleichen Muster eskaliert. Nötig seien jedoch zivile Ansätze der Konfliktprävention. Dazu bedarf es eines offenen Austausches über die jeweiligen Konfliktursachen, und zwar sowohl im Bereich der Politik als auch auf wissenschaftlicher Ebene - unter historischen, ökonomischen, ethnischen und psychologischen Ursachen. Angelika Köster-Loßack: "Ermutigende Ansätze dazu sind bereits gemacht worden, sowohl in Indien als auch in Deutschland. Jetzt gilt es, daran weiterzuarbeiten."

